

**CORONA**  
IM LANDKREIS LINDAU

**ZAHL DER NEUINFIZIERTEN**

**133**

**GESAMTZAHL**

**19 942**

**7-TAGES-QUOTE**

**2306,1**

**VERSTORBENE**

**85**

Stand: 14. März, 3:30 Uhr  
Quelle: RKI

## Steg im Eichwald soll Anfang April aufgebaut werden

LINDAU (jule) - Vor zwei Jahren hatte die Stadt versprochen, den Steg im Strandbad Eichwald so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Passiert ist seither nichts. Doch es gibt jetzt einen Termin für den Baubeginn. „Baubeginn für den Steg ist Anfang April“, schreibt Jürgen Widmer, Sprecher der Stadt, auf Nachfrage der LZ. „Er soll, wenn es durch den Ukraine-Konflikt nicht zu Materialengpässen kommt, in der KW 17 fertig sein.“ Sprich: Anfang Mai, pünktlich zur Badesaison. Eigentlich sollte der Badesteg im Lindauer Eichwald längst wieder da sein. 2020 hatte die Stadt noch versprochen, ihn bald wieder komplett aufzubauen – spätestens zur Eröffnung des Strandbads. Als die Arbeiten im Sommer 2021 noch immer nicht erledigt waren, vertröstete die Stadt erneut auf einen späteren Zeitpunkt.

## Linda schnattert



## Das erste Mal

Irgendwann ist immer das erste Mal, jedes Jahr aufs Neue. Dieses Jahr eben schon im März. Aber das Wetter war einfach zu schön, unwiderstehlich schön. Auf dem Balkon habe ich mir meinen ersten Sonnenbrand des Jahres geholt. Das ist ärgerlich, aber ein kleines bisschen freue ich mich auch drüber. Denn jetzt ist Frühling.

## So erreichen Sie uns

Kundenservice  
www.schwaebische.de/service  
Aboservice 0751/2955-5555  
aboservice@schwaebische.de  
Private Anzeigen 0751/2955-5444  
Redaktion & Leserbrief  
redaktion@lindauer-zeitung.de  
08382/9374-14  
Gewerbliche Anzeigen  
anzeigen@lindauer-zeitung.de  
08382/9374-47  
Postanschrift Lindauer Zeitung,  
Inselgraben 2, 88131 Lindau



Die Helfer aus Lindau fahren an den Bahnhof in Krakau, um von dort Flüchtlinge mitzunehmen.

FOTO: SOMMERLAD



Dorothea Votteler und Markus Söder beim „Con Fritters“.

FOTO: MATTHIAS VOTTELER

# Söder besucht Nonnenhorn und lobt Flüchtlingsarbeit

30 Ukrainerinnen und Ukrainer in dem Ort untergekommen – Helfer bauen professionelles Netzwerk auf

Von Julia Baumann

KREIS LINDAU - Bayerns Ministerpräsident Markus Söder war am Wochenende in Nonnenhorn. Eigentlich privat. Aber bei dieser Gelegenheit hat er sich über die Flüchtlingsarbeit dort informiert – und mitbekommen, wie engagiert sich die Helfer in dem Weindorf, aber auch in Lindau und in den anderen Gemeinden um Ukrainerinnen und Ukrainer kümmern. Allein 30 Geflüchtete sind am Wochenende in Nonnenhorn untergekommen.

Söder hat am Samstag alle Blicke auf sich gezogen, als er beim neuen Foodtruck „Con Fritters“ am See einen Kaffee getrunken hat. „Bei der Gelegenheit hat er sich nach den ukrainischen Flüchtlingen erkundigt“, sagt Nonnenhorns Bürgermeister Rainer Krauß, der am Wochenende mit dem Ministerpräsidenten telefoniert hat. Am Ende habe Söder eine Spende für die Helfer dargelassen, so Krauß. Denn die haben am Wochenende wieder ganze Arbeit geleistet.

Gegen 5 Uhr am Sonntagmorgen hat Rainer Krauß die Nachricht bekommen, dass jetzt alle Geflüchteten versorgt seien. 30 Ukrainerinnen und Ukrainer waren nach Mitternacht im Dorf angekommen. Die

Helferinnen und Helfer haben ihnen Essenspakete gegeben, ihre Daten erfasst und sie zu ihren Unterkünften gebracht.

Wie schnell und reibungslos die Organisation der Flüchtlingshilfe seit vielen Tagen abläuft, beeindruckt nicht nur Ministerpräsident Söder, sondern auch Bürgermeister Krauß. „Das ging alles schnell und auf Zuruf“, sagt er. Die ersten Geflüchteten sind schon in der vergangenen Woche in Nonnenhorn angekommen, manche von ihnen haben im Ort bereits einen Job gefunden. Die Nonnenhornern und Nonnenhornern seien schnell bereit gewesen, Ferienwohnungen und Wohnungen für Erntehelfer zur Verfügung zu stellen, die bis Juni ohnehin leerstehen würden.

Drei Frauen mit ihren Kindern kommen zudem in einem Haus unter, das der Gemeinde gehört – und das die Nonnenhornern innerhalb von wenigen Tagen renoviert haben. „Wir haben das letzten Montag im Gemeinderat besprochen, am Dienstag ging es los“, sagt Krauß. Handwerker aus dem Dorf haben geholfen, Gemeinderäte haben gestrichen.

Über den Sozialfond Nonnenhorn für Nonnenhornern wurden Edeka-Gutscheine im Wert von 1500 Euro bestellt. „Damit alle, die hier an-

kommen, gleich selbstständig sind“, sagt Krauß. Denn das sei es, was sich die meisten wünschten. „Viele fragen direkt nach Arbeit“, sagt Krauß. Eine ukrainische Familie, die schon seit zwei Jahren in Nonnenhorn lebt, helfe beim Übersetzen.

Geflüchtete werden in Nonnenhorn bei der Ankunft direkt registriert. „Wir machen ein Foto von ihnen, von ihren Pässen – und füllen direkt den Antrag für die Aufenthaltserlaubnis und gegebenenfalls einen Sozialhilfeantrag aus“, sagt der Bürgermeister. Die Unterlagen werden dann direkt ans Landratsamt übergeben.

Die 30 Flüchtlinge – zum ganz großen Teil Frauen und Kinder –, die am Wochenende in Nonnenhorn angekommen sind, wurden mit dem Hilfskonvoi von Aurel Sommerlad abgeholt. Der Inhaber des Lindauer Hostels Mietwerk war am Wochenende bereits zum zweiten Mal an der polnisch-ukrainischen Grenze, um dort Flüchtlinge abzuholen. „Wir konnten schon während der Fahrt die Leute an die Unterkünfte vermitteln“, sagt Sommerlad. Allerdings sei das Auffanglager an der Grenze dieses Mal relativ leer gewesen. Auf ukrainischer Seite habe es Stau gegeben, viele seien gar nicht durchgekommen. Die Helferinnen und Hel-

fer vom Bodensee haben dann am Bahnhof im polnischen Krakau Hilfsbedürftige eingesammelt. Das Auto von Aurel Sommerlad blieb zunächst leer. „Wir sind dann wieder umgedreht und zurück zum Auffanglager gefahren“, erzählt er. In der Zwischenzeit hätten dort wieder jede Menge Menschen gewartet, sein Auto war schnell voll. In Lindau angekommen ist er am Montag um 2 Uhr.

Sowohl Sommerlad als auch Rainer Krauß betonen, dass nur so viele Menschen abgeholt und aufgenommen werden, für die auch Wohnraum vorhanden ist. „Es sind alle verteilt“, sagt Sommerlad. Nur eine Familie lebe derzeit noch übergangsweise im Mietwerk, wo jetzt aber wieder die ersten Urlaubsgäste einziehen.

Die Helfer in den Lindauer Gemeinden haben sich mittlerweile in einem professionellen Netzwerk zusammengeschlossen. „Die meiste Kommunikation läuft über WhatsApp“, erklärt Sommerlad. Über die sozialen Netzwerke, aber auch über die Berichterstattung der Lindauer Zeitung haben die Ehrenamtler aus Lindau, Nonnenhorn, Wasserburg und Sigmarszell zu einander gefunden.

Jetzt sind sie gerade dabei, den Verein „Hilfswerk Bodensee“ zu gründen. Sogar eine eigene Internetseite soll es geben. „Wir möchten die

Gastgeberinnen und Gastgeber entlasten und neben einer Community für Geflüchtete, Unterrichtsangebote, Jobvermittlung, Sachspenden und Beratung anbieten“, sagt Sommerlad. Geplant ist sogar ein kleines Büro mit Kleiderkammer und Ansprechpartner für die Menschen in der Ukraine. „Wir arbeiten mit Dolmetschern zusammen und haben Infoblätter mit den nötigsten Informationen erstellt.“

Wie auch in Nonnenhorn erfassen die Ehrenamtler in Lindau die Daten der Geflüchteten mittlerweile selbst. Helfer berichten, dass sie in der Doppelturnhalle in Heimenkirch sowohl am Freitag als auch am Montag weggeschickt wurden. „In Heimenkirch werden nach wie vor die Kontaktdaten erfasst“, schreibt Sprecherin Sibylle Ehreiser auf Nachfrage. Es seien bereits vereinzelt geflüchtete Menschen dort angekommen. „Eine größere Zuweisung von geflüchteten Menschen wie Ende letzter Woche von der Regierung von Schwaben angekündigt, ist jedoch noch nicht erfolgt.“

Wer die Helfer unterstützen möchte oder Wohnraum anbieten kann, kann sich melden per E-Mail: [ukraine@hilfswerk-bodensee.de](mailto:ukraine@hilfswerk-bodensee.de)

## Lindau hat keine festen Sirenen

Soll die Verwaltung zehn Stück kaufen? Darüber berät der Hauptausschuss

Von Julia Baumann

LINDAU - Wie werden Lindauerinnen und Lindauer im Fall einer Katastrophe rechtzeitig gewarnt? Fest installierte Sirenen gibt es nicht. Jetzt überlegt die Stadt, zehn neue zu kaufen. Aus Sicht der Feuerwehr wäre das die richtige Entscheidung.

Der laute Warnton von Sirenen hat einen Vorteil: Droht akut Gefahr, können damit sehr schnell sehr viele Leute auf einmal gewarnt werden. „Diese Möglichkeit haben wir bisher nicht“, sagt Max Witzigmann, Kommandant der Lindauer Feuerwehr.

Die Stadt Lindau hat nur eine mobile Sirene, der Landkreis zwei. Auch in Wasserburg, Sigmarszell, Weißenberg und Röthenbach gibt es mobile Sirenen. Außerdem haben die meisten Feuerwehrautos mittlerweile Lautsprecher verbaut. „Zusätzlich sind im Landkreis zwei fest installierte Zivilschutzsirenen vorhanden“, schreibt Landratsamtssprecherin Sibylle Ehreiser auf Anfrage. Das Landratsamt ist gleichzeitig Katastrophenschutzbehörde.

Im September 2020 gab es einen bundesweiten Warntag, es war der erste seit der Wiedervereinigung. Am Vormittag um 11 Uhr sollte ein Probealarm losgehen, mit Sirenen, unterschiedlichen Warn-Apps, Durchsagen über Lautsprecherwagen, Rundfunk und Fernsehen.

Passiert ist vielerorts nichts. Sirenen blieben stumm, Apps warnten

teilweise mit einer halben Stunde Verspätung. Der Probealarm war ein Flop. Ein knappes Jahr später kam mit der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen dann die schreckliche Gewissheit: Katastrophenschutz funktioniert in Deutschland nicht gut.

Das Bundesamt für Katastrophenschutz reagierte im Herbst mit einem „Sonderförderprogramm Sirenen“. Alle bayerischen Gemeinden können Anträge stellen, Landkreise nicht. Das Zeitfenster für die Förderung ist eng: Neue Anlagen müssen bis Ende des Jahres betriebsbereit sein.

Ob sich die Stadt Lindau über das Förderprogramm zehn neue Sirenen anschaffen soll, darüber soll der Hauptausschuss am Dienstagabend beraten. 100 000 Euro würde das dann kosten – vorausgesetzt die Stadt bekommt die Förderung. Wenn nicht, dann wären es 250 000 Euro.

In den 1960er-Jahren hatte Lindau einmal 25 Sirenen. „Nach Ende des Kalten Krieges hielt der Bund die Sirenenwarnung jedoch für überholt, weshalb der Stadt Lindau Anfang der 90er-Jahre die Sirenen unentgeltlich als Feuerwehrsirenen angeboten wurden“, heißt es in der Vorlage des Hauptausschusses. Erst im Oktober wurden die letzten beiden dieser Sirenen in der Stadt Lindau abgebaut. „Sirenen für die Alarmierung der Feuerwehren sind vor allem in den ländlich geprägten Gebieten im



Soll die Stadt neue Sirenen kaufen oder nicht? Darüber berät der Hauptausschuss.

FOTO: DPA

Landkreis noch zahlreich vorhanden, zum Beispiel in Bodolz, Wasserburg/Hege, Weißenberg, Grünebach oder Maierhöfen“, schreibt Landratsamtssprecherin Ehreiser auf Nachfrage. Insgesamt gibt es im Landkreis davon 69.

Allerdings sind diese Feuerwehr-Sirenen technisch gar nicht mehr für den Katastrophenschutz geeignet, wie Max Witzigmann erklärt. Dafür müsste man sie erst aufrüsten. Andersherum könnten über neue, fest installierte Sirenen im Notfall auch die Feuerwehren benachrichtigt werden. Erst im Dezember waren die Feuerwehren im Landkreis für Stunden von der Leitstelle in Kempten abgeschnitten. Festgestellt hatte das

die Hauptwache der Lindauer Feuerwehr nach einem Einsatz, bei dem es um angebrannte Speisen ging. Es war Glück, dass nichts Schlimmeres passierte.

„Die meisten der fest installierten Sirenen verfügen tatsächlich nur über eine Feueralarmierung“, räumt Landratsamtssprecherin Ehreiser auf Nachfrage der Lindauer Zeitung ein. „Diese kann jedoch auch mehrfach hintereinander abgespielt werden, sodass die Bevölkerung auch so gewarnt wird, dass es sich nicht um eine Feueralarmierung handelt.“ Einzig in Lindenberg und Weiler-Simmerberg gebe es eine fest installierte Sirene mit unterschiedlichen Alarmierungen.

Max Witzigmann glaubt, dass Lindau die neuen Sirenen braucht. So hat er es auch bei der Verwaltung empfohlen. „Wir befürworten das“, sagt er. Grundsätzlich müsse die Warnung im Ernstfall über verschiedene Kanäle parallel laufen, damit wirklich alle Menschen erreicht werden. „Der Gehörlose schaut eher aufs Handy, für den Blinden sind die Sirenen wichtiger.“

Grundsätzlich sind Sirenen immer nur die erste Warnung. Über Apps, Radio und Fernsehen sollten sich die Menschen dann darüber informieren, was konkret zu tun ist. „Ob zum Beispiel Fenster geschlossen werden müssen, weil Gefahrstoffe in der Luft sind“, erklärt Witzigmann.

Die Bundesregierung will außerdem ein Katastrophenschutz-Alarm-system einführen, das über den Mobilfunk funktioniert. Über das sogenannte Cell Broadcast können Behörden allen Handynutzern in einem bestimmten Gebiet eine Warnung schicken. Das soll nicht nur bei Smartphones funktionieren, sondern auch bei älteren Handys. Eine extra App ist dafür nicht nötig.

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses beginnt am Dienstag, 15. März, um 18 Uhr in der Inselhalle. Es geht auch darum, ob das Wegwerfen von Zigarettenkippen künftig Bußgeld kosten soll.